



Presseschau vom 28.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der DVR:

In Richtung Mariupol haben die feindlichen Truppen Poroschenkos auf Befehl der 36. Marineinfanteriebrigade des Kriegsverbrechers Gnatow das Feuer mit 120mm-Mörsern auf die Ortschaften **Sachanka** und **Leninskoje** eröffnet. In Richtung der Ortschaften wurden bereits mehr als 20 Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem verwendet der Gegner großkalibrige Maschinengewehre, Schusswaffen und Scharfschützenwaffen. Informationen über Opfer, Zerstörungen und Schäden werden noch ermittelt. Unsere Einheiten betreiben aktive Verteidigung und unterdrücken Feuerstellungen des Gegners mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen. Wir rufen die internationalen Beobachter auf, den Fall von Verletzung des Waffenstillstands sowie die Falschheit der ukrainischen Seite zu registrieren, die die Abreise der ausländischen Diplomaten aus der Konfliktzone abwarteten und weiter Kriegsverbrechen gegen die friedlichen Einwohner des Donbass durchführten.

Vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 27. August 3:00 Uhr bis 28. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung

von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Wasiljewka, Sachanka, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an Wohnraum und Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 47.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 3.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: USA ziehen Kräfte in Richtung Syrien zusammen: Pentagon nimmt Stellung.

Im Pentagon werden die Aussagen russischer Kollegen zurückgewiesen, wonach die USA Kräfte in Richtung Syrien zusammenziehen, um einen Raketenangriff auszuüben. Dabei meldet man die „Bereitschaft zu Handlungen“ im Fall eines entsprechenden Befehls.

Die russischen Berichte über die US-Truppenentwicklung im östlichen Teil des Mittelmeerraums seien nicht wahr. „Aber das bedeutet nicht, dass wir nicht bereit sind, zu agieren, wenn der Präsident (der USA) einen solchen Befehl erteilt. Wie Sie wissen, sprechen wir nicht über die zukünftigen Militärhandlungen oder darüber, wie wir auf einen Angriff von (Syriens Präsident) Assad unter Verwendung von Chemiewaffen reagieren oder nicht reagieren können“, so ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.

„Wir sind wie bisher tief besorgt über die Berichte aus offenen Quellen über eine mögliche Militäroffensive des syrischen Regimes gegen Zivilisten und Zivilobjekte in Idlib, die verheerende humanitäre Folgen haben wird. Wir verweisen auch auf unsere Besorgnis in Bezug auf die Möglichkeit eines weiteren und illegalen Einsatzes von Chemiewaffen“, fügte er hinzu.

Am Samstag hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow erklärt, dass die Terroristen von „Hai'at Tahrir asch-Scham“ eine Provokation vorbereiten würden, um Damaskus des Einsatzes von Chemiewaffen gegen Zivilisten in der syrischen Provinz Idlib zu bezichtigen. Dies würde dann als Vorwand für einen Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Regierungsobjekte in Syrien dienen.

Zu diesem Zweck, so Konaschenkow, sei ein US-Zerstörer mit 56 Marschflugkörpern an Bord im Persischen Golf eingetroffen und ein Bomber B-1B auf den Militärstützpunkt Al-Udeid in Katar verlegt worden.

Ein weiterer Hinweis auf die Vorbereitung eines erneuten Schlags der US-Verbündeten gegen Syrien seien haltlose Aussagen einer Reihe von Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 22. August. Demnach bestehe die Absicht, auf vermeintliche „C-Waffen-Einsätze“ durch die syrische Regierung kategorisch zu reagieren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32211/84/322118462.jpg>

Armiyadnr.su: Heute Morgen haben die ukrainischen Truppen den nördlichen Rand von **Gorlowka (die Ortschaft Russkij Kraj)** beschossen. Insgesamt wurden mehr als 25 Mörser- und Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm abgefeuert. Die direkte Verantwortung für solche Verbrechen liegt beim Kommandeur der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, dem Kriegerverbrecher Tatus. Geleitet durch die Absicht, uns zur Erwidierung des Feuers zu provozieren und uns so der Sabotage des bevorstehenden „Schulwaffenstillstands“ zu beschuldigen beschießen die ukrainischen Besatzer weiter eine friedliche Ortschaft. In Folge des Beschusses wurden in der Ortschaft bereits drei Häuser beschädigt. Zusätzliche Informationen über Opfer, Zerstörungen und Schäden werden ermittelt. Nachdem die Ukraine bei sich das Bildungssystem vernichtet hat und in den Schulen Neonazisten heranzieht, versucht sie dies auch in dem nicht eroberten Donbass zu erreichen, indem sie den Beginn des Schuljahrs sabotiert. Der Faschismus kommt im Donbass nicht durch!

de.sputniknews.com: Lawrow verspricht pragmatische Antwort auf neue US-Sanktionen. Russland wird die von Washington verhängten Sanktionen im Zusammenhang mit der „Skripal-Affäre“ pragmatisch und entsprechend dem Gegenseitigkeitsprinzip beantworten, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow gegenüber der slowakischen Zeitung „Pravda“ sagte.

„Wir unsererseits werden weiterhin ruhig und pragmatisch handeln und alle böswilligen Angriffe entsprechend dem Gegenseitigkeitsprinzip beantworten“, so Lawrow.

„Wir sind dabei weiterhin offen für den Aufbau normaler und respektvoller Beziehungen zu Washington auf der Grundlage der realen Berücksichtigung der Interessen der jeweils anderen Seite“, ergänzte der Minister.

Es wäre naiv, zu denken, dass gleich nach dem Treffen von Wladimir Putin und Donald Trump in Helsinki vollstes Vertrauen zwischen Moskau und Washington hergestellt werde.

„Es ist ebenfalls offensichtlich, dass die negative Dynamik der Beziehungen zwischen den USA und Russland beiden Ländern schadet und zusätzliche Risiken für die gesamte Architektur der internationalen Sicherheit schafft“, so Lawrow.

Die US-Administration, die sich zum Dialog mit Moskau bereit erkläre, verhalte sich nicht konsequent genug, wenn sie Sanktionen gegen Russland verhängt, so Lawrow. „Trotz Beteuerungen der Amerikaner, sie seien zum Dialog bereit, sind wir nach wie vor mit unfreundlichen Schritten konfrontiert, die die ohnehin komplizierte Situation in den Beziehungen zuspitzen. So wurden am 8. August neue antirussische Maßnahmen unter dem Vorwand angekündigt, dass Russland in die 'Skripal-Affäre' verwickelt sei“, so Lawrow. Die Forderung, Russland müsse Beweise für die Nichtanwendung von chemischen Waffen

beibringen, seien unseriös, so Lawrow. Moskau habe im Unterschied zu Washington sein C-Waffen-Arsenal vernichtet, betonte er.

Die neuen US-Sanktionen gegen Russland sind am 27. August in Kraft getreten. Anlass dafür war der angebliche Nervengas-Anschlag auf den ehemaligen russischen Geheimdienstoffizier und Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia im britischen Salisbury.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32211/66/322116648.jpg>

Dan-news.info: „Die Arbeiten zur Vorbereitung des Gasleitungssystems der Republik für den Herbst und Winter sind zu 9% abgeschlossen“, teilte der staatliche Konzern Donbassgas mit. Während der Arbeiten wurden planmäßige Untersuchungen der Gasleitungen und Gasverteilungspunkte unternommen, die unterirdischen Gasleitungen untersucht. Es wurden notwendige Reparaturen Verteilungspunkten vorgenommen, beschädigte Abschnitte wurden ersetzt und die oberirdischen Gasleitungen gestrichen. Der Prozess soll bis zum 1. Oktober 2018 abgeschlossen sein.

de.sputniknews.com: Größtes Manöver seit knapp 40 Jahren: Schoigu enthüllt Details zu „Wostok 2018“.

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat vor Journalisten über das Manöver „Wostok 2018“ gesprochen. Ihm zufolge handelt es sich um die größten Militärübungen in Russland seit 37 Jahren.

In Russland gab es dem Verteidigungsminister Sergej Schoigu zufolge seit 1981 keine derart großen Militärübungen mehr. „Sie wiederholen ein bisschen ‚Wostok-81‘, sind aber viel größer“, erklärte Schoigu vor der Presse.

Mehr als 1000 Fluggeräte und knapp 300.000 Militärs sollen auf fast allen Übungsgeländen der Militärbezirke Zentrum und Osten daran teilnehmen. Auch seien die Pazifik- und Nordflotten sowie die Luftlandtruppen beteiligt.

„Stellen Sie sich vor, dass gleichzeitig 36.000 Stück Militärtechnik – Panzer, Transportpanzer, Schützenpanzerwagen – in Bewegung sind“, sagte Schoigu weiter.

Die Übungen in diesem Umfang näherten sich demnach maximal realen Kampfbedingungen. Schoigu betonte dabei, dass die Militärübungen traditionell mit einer großen Serie von Vorbereitungsmaßnahmen beginnen würden – circa 15 Sonderübungen zur Sicherstellung der Truppen. Im Vorfeld sei auf Antrag des russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Großprüfung der Kampfbereitschaft durchgeführt worden, die laut Schoigu „zur guten Probe in unserem Leben und unserer Arbeit wurde“.

Das Militärmanöver „Wostok 2018“ findet vom 11. bis zum 15. September statt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32211/94/322119424.jpg>

Dan-news.info: „Heute um 9:49 Uhr haben die ukrainischen Truppen **in Dokutschajewsk einen Lastwagen BelAS beschossen, der Fahrer, geb. 1961, starb**“, teilte die Stadtverwaltung von Dokutschajewsk mit.

Die Vertretung der DVR im GZKK teilte mit, dass gegen 10:10 Uhr eine Antipanzerlenkrakete auf Dokutschajewsk abgeschossen wurde.

„Die lenkbare Rakete „Fagot“ wurde zielgerichtet auf den Lastwagen abgeschossen, der dem Unternehmen „Witjasm“ gehörte“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK etwas später mit. Das Fahrzeug befand sich zum Zeitpunkt des Beschusses im Gebiet eines Kalksteinhügels, da Kalkstein in eine Fabrik transportiert wurde. Derzeit kann der Rettungswagen nicht dort hin fahren, weil er direkt an der Kontaktlinie liegt.

„Die Vertretung der DVR im GZKK hat eine Sicherheitsgarantie und Einrichtung eines Regimes der Ruhe angefragt, um die Leiche bergen zu können“, teilte die Vertretung weiter mit.

Später wurde mitgeteilt, dass die Leiche geborgen werden konnte.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Städte verscherbeln: Poroschenko macht Berlin und London „lukratives“ Angebot.

Ukrainische Botschafter sollen dafür werben, dass EU-Länder sich zum Wiederaufbau von Gebieten in der Ostukraine verpflichten. Nach der Vorstellung von Präsident Poroschenko könnten europäische Staaten ganze Städte im Donbass unter ihre Schirmherrschaft nehmen. Ukrainische Botschafter sollen die EU-Staaten dafür gewinnen, mehrere Ortschaften im Donbass unter ihre Kontrolle zu nehmen. Damit hat der ukrainische Präsident Petro Poroschenko seine Außenamtsmitarbeiter beauftragt. „Wir haben mit den Führungspolitikern der EU bereits mehrmals ein Programm zur Übernahme einer Art Patronats für die Städte und Ortschaften des Donbass besprochen“, sagte er. Solcherart Schirmherrschaften würden es den einzelnen EU-Ländern ermöglichen, das Ausmaß der Probleme zu erfassen, mit denen die Ukraine konfrontiert sei.

Wie die Lage im Donbass ist und wie die Menschen dort leben, ist den ukrainischen EU-Botschaftern vor wenigen Tagen gezeigt worden, als sie zu ihrer jährlichen Besprechung in Kiew eintrafen.

Eine 80-köpfige Botschafterdelegation unter dem Vorsitz des ukrainischen Außenministers

Pawel Klimkin hat die von Kiew kontrollierten Gebiete im Osten des Landes besucht. Was den Delegationsmitgliedern dabei unter anderem aufgefallen ist, ist die gedrückte Stimmung der Einheimischen.

„Ein Wohnviertel in Awdejewka. Ich habe die Gruppe kurz verlassen und bin in eine Seitenstraße abgebogen, habe den Gesprächen der Einheimischen gelauscht. Ich erhebe keinen Anspruch auf eine gründliche Analyse, aber angesichts meiner Vorkenntnisse sieht die Lage so aus: Dieser Armut und Denkweise wird durch Vermittlung unter demokratischen Bedingungen nicht abzuwenden sein. Hier werden nur Macht und Geld funktionieren“, schrieb der ständige Vertreter der Ukraine im Europarat, Dmitri Kuleba, in einem sozialen Netzwerk. Genau diese zwei Hebel hatte Petro Poroschenko offensichtlich im Sinn, als er die ukrainischen Botschafter damit betraute, die EU-Länder davon zu überzeugen, die Donbass-Städte unter ihre Fittiche zu nehmen.

Wie das EU-Patronat im Osten der Ukraine konkret aussehen könnte, erläuterte Poroschenko bei einer Ansprache an der Entflechtungslinie: „Deutschland soll die Verantwortung für Kramatorsk übernehmen, Griechenland für Mariupol, Großbritannien für Wolnowacha ... Andere Länder sollen Sewerodonezk, Lissitschansk, Awdejewka nehmen.“

Aus der Ansprache wurde deutlich, dass die ukrainische Führung für den Wiederaufbau des Donbass und die Rückkehr der Region zu einigermaßen geregelten Verhältnissen sowohl mit Investitionen als auch mit internationaler humanitärer Hilfe rechnet.

Einige Experten sagen, die Ansprache sei vorrangig an die einheimische Bevölkerung im Donbass gerichtet gewesen: „Man hat versucht, die Menschen zu beruhigen. Nach dem Motto: Ja, ihr habt ein schweres und schlechtes Leben. Aber in Kiew hat man euch nicht vergessen, man wird sich darum kümmern, dass europäische Gönner kommen und sich daran machen, das Leben im Donbass in Ordnung zu bringen“, meint ein Politologe, der anonym bleiben möchte.

Die ukrainische Politikexpertin Julia Osmolowskaja hat darauf hingewiesen, dass Poroschenko in seiner Ansprache keine konkreten Fristen genannt habe. „Die offizielle Position der EU ist in der gemeinsamen Erklärung des jüngsten Ukraine-EU-Gipfels dargestellt worden. Darin heißt es, die EU werde sich dann am Donbass-Aufbau beteiligen können, wenn die Umstände es zulassen“, sagte die Politologin dem TV-Sender „112 Ukraina“.

Unter den „Umständen“ sei vor allem die Einstellung von Kämpfen im Osten der Ukraine zu verstehen, sagte Osmolowskaja.

Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, sagte im Juli nach einem Gespräch mit dem ukrainischen Premierminister Wolodymyr Hrojsman, die EU könnte sich am Wiederaufbau der Region aktiver beteiligen, werde dies jedoch nur tun, wenn die Sicherheit gewährleistet sei. Doch in erster Linie wolle die EU ihre Anstrengungen „auf die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ richten.

Die EU-Länder – darunter auch Deutschland – haben bereits Mittel für ukrainische Hilfsprogramme in den von Kiew kontrollierten Donbass-Gebieten bewilligt. Was weitere Hilfen angeht, so ist die Einstellung von Kampfhandlungen nicht das einzige Problem, das die EU-Führung beunruhigt.

„Es ist die Korruption. Die europäischen Regierungen werden ihren Steuerzahlern erklären müssen, warum ihr Land den Wiederaufbau einer Infrastruktur finanziert, die infolge von Problemen zerstört wurde, mit deren Entstehung diese Länder nicht im Geringsten zu tun hatten“, betonte die Politikexpertin Osmolowskaja.

Ähnliche Ansichten vertritt auch die populistische Radikale Partei von Oleh Ljaschko, der als einer der ersten auf Poroschenkos Vorschlag reagiert hat: „Er sagt, jedes EU-Land müsse beim Donbass-Aufbau helfen. Wozu belügt er die Ukrainer so? Für den Wiederaufbau nach der russischen Besatzung werden Dutzende Milliarden Dollar benötigt, die uns niemand geben wird, weil das ein ausschließlich ukrainisches Problem ist, das sonst niemanden kümmert.“

Statt der ständigen Suche nach ausländischen Geldgebern benötige die Ukraine eine selbständige Wirtschaftspolitik. Und die zweite Geldquelle für den Wiederaufbau des Donbass seien „Reparationen von Russland für die zerstörte Infrastruktur und Wirtschaft. Nicht die EU, sondern Russland muss für den Donbass-Aufbau zahlen“, sagte der Parteivorsitzende Ljaschko.

Diese Ansicht ist in der ukrainischen Gesellschaft weit verbreitet. Mit „Reparationen von Russland“ ist allerdings normalerweise der Wiederaufbau jener Gebiete gemeint, die Kiew nicht kontrolliert: die Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Präsident Poroschenko aber sprach in seiner Rede von den Städten und Ortschaften, die unter Kiews Kontrolle stehen. Genau das finden manche Experten verwirrend: „Der ukrainische Präsident spricht von der Verantwortung, die angeblich die EU-Länder übernehmen sollen ... Doch die Verantwortung für die Situation in jeder Stadt, in jedem Ort unseres souveränen Staates tragen wir selber, unsere Regierung, unser Sta

In Kiew heißt es, der Donbass-Aufbau werde beginnen, sobald die Friedensmission der UN dort für Ordnung gesorgt habe. Doch die Entscheidung, eine solche Mission zu entsenden, sei so schnell nicht zu erwarten, betonen Experten.

Gegenwärtig seien nicht mal die Eckdaten dieser Mission geklärt, sagt der Politologe Oleg Babanin: „Wo wird diese Mission stationiert, mit welchem Mandat, was wird sie tun, wie wird sie ausgestattet, wie finanziert werden?“

Bevor eine Friedenstruppe entsandt werde, müsse ein Dialog mit den Volksrepubliken beginnen, mahnt der Experte: „Ein Dialog muss her, und sei es nur ein rein technischer. Man kann natürlich auch immer wieder sagen, das seien Kreml-Marionetten. Aber ohne deren Zustimmung macht es keinen Sinn, über die Stationierung von Friedenstruppen zu schwadronieren. Das wäre nur ein weiterer Dreh an der Konfliktschneise.“

Die Kiewer Führung verweigert sich indes einem Dialog mit der Führung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Die ukrainische Regierung bezeichnet sie weiterhin als „Okkupationsverwaltungen“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32211/85/322118566.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR über die Lage am 28. August 2018:

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage an der Kontaktlinie verschärft.

In **Richtung Gorlowka** haben Einheiten der 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte unter Führung des Kriegsverbrechers Kokorew **Wasiljewka** beschossen und dabei automatische Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Mariupol** wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow, des Kommandeurs der 36. Marineinfanteriebrigade, **Sachanka** und **Leninskoje** mit Mörsern des Kalibers

120mm beschossen. Infolge des Beschusses mit schweren Waffen entstand ein Brand von Häusern in der Oktjabrskaja-Straße.

Heute Morgen haben die ukrainischen Terroristen mit Artillerie und Mörsern den nördlichen Rand von **Gorlowka** (Russkij Kraj) beschossen. Insgesamt haben die faschistischen Einheiten mehr als 35 Mörsergeschosse und Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm abgefeuert. Die unmittelbare Verantwortung für dieses Verbrechen liegt beim Kommandeur der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, dem Kriegsverbrecher Tatus.

Wir nehmen an, dass alle Aktivitäten ein einziges Ziel haben, den bevorstehenden „Schulwaffenstillstand“ zum Scheitern zu bringen.

Später haben ukrainische Terroristen mit Antipanzerlenkraketen einen Lastwagen „BelAS“ im Gebiet von **Dokutschajewsk** beschossen. Der Fahrer starb vor Ort.

Außerdem stellen wir eine **Verstärkung der Aufklärung sowie der Leitung von Artillerie- und Mörserfeuer unter Nutzung von Drohnen** fest. Die Mehrheit der Drohnen wird von unseren Luftabwehreinheiten vernichtet.

Wir schließen nicht aus, dass eine solche Verstärkung der Aufklärung in Richtung Gorlowka mit dem Versuch zusammenhängt, militärische und zivile Objekte zu entdecken, um die von Seiten der ukrainischen Besatzer mit Artillerie zu beschießen, wie sie es gewöhnlich in der Nacht vor dem Beginn eines Waffenstillstands tun.

Am verwundbarsten sind zivile Objekte, insbesondere Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Wir bemerken eine besondere Aufmerksamkeit von Seiten der ukrainischen Drohnen in Bezug auf diese Objekte. Wir schließen auch nicht aus, dass die ukrainischen Terroristen versuchen werden, dem Bildungsbereich maximalen Schaden zuzufügen, um den Beginn des Schuljahrs zu sabotieren, was zuvor der blutige Tyrann der Ukraine, Präsident Poroschenko, bei einem Auftritt offiziell erklärt hat (unsere Kinder werden in die Schule gehen, ihre Kinder werden in den Kellern sitzen).

Wir rufen unsererseits die internationalen Organisationen auf, Entschiedenheit zu zeigen und die Terrorakte der Besatzungskräfte gegen die Kinder des Donbass nicht zuzulassen. Nur Ihre aktive Position und sorgfältiges Monitoring der Lage der verbotenen Kräfte und Mittel wird es erlauben, die Vorbereitung auf Provokationen festzustellen und die Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte gegen zivile Einwohner zum Scheitern zu bringen.

Heute haben die Besatzer schon einen **Schulhof in Golmowskij** beschossen. Nach unseren Informationen haben sie nicht die Absicht, an diesem Punkt aufzuhören.

Unsere Einheiten sind bereit zur Einhaltung des „Schulwaffenstillstands“, heute haben alle Soldaten die entsprechenden Anweisungen und Befehle erhalten.

Ich wende mich an die ukrainischen Soldaten! Sie haben die Möglichkeit Frieden im Donbass zu erreichen. Und glauben Sie uns, der Frieden in diesem Land hängt nur von Ihnen ab, die auf die Abzugshebel der Maschinengewehre drücken und Mörsergeschosse aus dem Lauf eines Mörsers abfeuern. Ihre Politiker und Kommandeure verdienen nur an diesem Krieg Geld und Medaillen, aber das Blut friedlicher Bürger ist immer an den Händen dessen, der den Abzugshebel bedient hat. Hört auf! Schießen Sie nicht weiter auf die Einwohner des Donbass, besonders auf Kinder!

de.sputniknews.com: Russische Kriegsflotte verstärkt Schiffsverband im Mittelmeer – Medien

Das Verteidigungsministerium Russlands hat im Mittelmeer den seit Beginn des Syrien-Einsatzes bisher stärksten Schiffsverband stationiert. Das teilt die Zeitung „Iswestija“ unter Berufung auf das Ministerium am Dienstag mit.

Laut der Zeitung sind dort zurzeit Schiffe der Nordflotte, der Baltischen Flotte, der Schwarzmeerflotte und auch der Kaspischen Flottille präsent.

Der ständige operative Schiffsverband der russischen Marine bestehe aus zehn Schiffen und zwei U-Booten. Es seien alle Flotten außer der Pazifikflotte vertreten. Es sei die stärkste

Gruppierung seit Beginn der russischen Operation in Syrien.

Zum Einsatzverband gehören laut der „Iswestija“ folgende Schiffe: der Raketenkreuzer „Marschall Ustinow“, der U-Bootzerstörer „Seweromorsk“, das Wachschiff „Pytliwy“, die Fregatte „Admiral Grigorowitsch“, die Wachschiffe „Admiral Essen“ und „Admiral Makarow“, die Korvetten „Grad Swijaschsk“, „Weliki Ustjug“, „Wischni Wolotschok“, das dieselelektrische U-Boot B-268 „Weliki Nowgo

Der Raketenkreuzer „Marschall Ustinow“ sei mit dem schweren Anti-Schiffs-Raketen-Komplex „Vulkan“ ausgerüstet, acht Schiffe mit Marschflugkörpern vom Typ „Kalibr“. Um die Versorgung der großen Schiffsguppe zu gewährleisten, sei das Tankschiff der Schwarzmeerflotte „Iwan Bubnow“ auf der Fahrt ins Mittelmeer.

Der Sprecher des syrischen Parlaments, Naji Gabid, sagte gegenüber der Zeitung, dass die Präsenz der russischen Kriegsschiffe in Syrien dem Völkerrecht entsprechen würde und von der Regierung Syriens genehmigt sei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32191/57/321915763.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung.

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt.

Trotz der relativen Ruhe an der Kontaktlinie versuchen die käuflichen ukrainischen Propagandisten auf Anweisung ihrer hochgestellten Kuratoren, die Lage in der Republik zu destabilisieren.

So haben gestern eine Reihe ukrainischer Massenmedien die unbewiesene Information verbreitet, dass angeblich Einheiten der ukrainischen Streitkräfte Shelobok eingenommen hätten.

Ich erkläre mit vollständiger Verantwortung, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR auf den zuvor eingenommenen Positionen bleiben. Nach Informationen unserer Aufklärung haben die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden ihre Stationierungsorte in dem genannten Bezirk auch nicht geändert.

Wir möchten versichern, dass wir keinen Meter unseres Landes an den Feind abgeben. Genauso handelten die Verteidiger des Vaterlandes während des Großen Vaterländischen Kriegs und jetzt kämpfen wir weiter gegen die „braune Pest“, die versucht unsere Unabhängigkeit anzugreifen.

Außerdem wurde uns bekannt, dass Lissitschansk und Sewerodonezk bereits den dritten Tag mit Smog aufgrund eines Brands auf dem Gebiet der Chemiefabrik „Asot“ überzogen sind. Die Situation ist kritisch, es brennt eine Abfalldeponie. Schuld daran sind eine starke

Reduzierung des Personals und die fehlende Finanzierung. Die Untätigkeit der Funktionsträger bei der Löschung des Brandes kann zu einer technologischen Katastrophe in der ganzen Region führen.

Wir rufen die internationalen Organisationen auf, auf die ukrainischen Behörden einzuwirken, um eine Tragödie zu verhindern.

Nach unseren Informationen sind **im Gebiet von Stschastje 100 Mann in militärischen Uniformen ohne Erkennungszeichen eingetroffen**, die gut bewaffnet sind.

Die Ankunft einer so großen Zahl von Militärs im Vorfeld des „Schulwaffenstillstands“ ruft Befürchtungen hervor. Um verschiedene Arten von Provokationen zu verhindern, verstärken wir unsere Wachsamkeit in dieser Richtung und rufen ein weiteres mal das ukrainische Kommando auf, keine unbedachten Schritte zu tun.

Die Volksmiliz hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Unsere Handlungen sind auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass gerichtet.

Die Einheiten und Truppenteile erhöhen planmäßig ihre Professionalität und Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zum Schutz und Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner der Republik.

de.sputniknews.com: Russische Kriegsflotte verstärkt Schiffsverband im Mittelmeer – Medien

Das Verteidigungsministerium Russlands hat im Mittelmeer den seit Beginn des Syrien-Einsatzes bisher stärksten Schiffsverband stationiert. Das teilt die Zeitung „Iswestija“ unter Berufung auf das Ministerium am Dienstag mit.

Laut der Zeitung sind dort zurzeit Schiffe der Nordflotte, der Baltischen Flotte, der Schwarzmeerflotte und auch der Kaspischen Flottille präsent.

Der ständige operative Schiffsverband der russischen Marine bestehe aus zehn Schiffen und zwei U-Booten. Es seien alle Flotten außer der Pazifikflotte vertreten. Es sei die stärkste Gruppierung seit Beginn der russischen Operation in Syrien.

Zum Einsatzverband gehören laut der „Iswestija“ folgende Schiffe: der Raketenkreuzer „Marschall Ustinow“, der U-Bootzerstörer „Seweromorsk“, das Wachschiff „Pytliwy“, die Fregatte „Admiral Grigorowitsch“, die Wachschiffe „Admiral Essen“ und „Admiral Makarow“, die Korvetten „Grad Swijaschsk“, „Weliki Ustjug“, „Wischni Wolotschok“, das dieselelektrische U-Boot B-268 „Weliki Nowgo

Der Raketenkreuzer „Marschall Ustinow“ sei mit dem schweren Anti-Schiffs-Raketen-Komplex „Vulkan“ ausgerüstet, acht Schiffe mit Marschflugkörpern vom Typ „Kalibr“. Um die Versorgung der großen Schiffsgruppe zu gewährleisten, sei das Tankschiff der Schwarzmeerflotte „Iwan Bubnow“ auf der Fahrt ins Mittelmeer.

Der Sprecher des syrischen Parlaments, Naji Gabid, sagte gegenüber der Zeitung, dass die Präsenz der russischen Kriegsschiffe in Syrien dem Völkerrecht entsprechen würde und von der Regierung Syriens genehmigt sei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32191/57/321915763.jpg>

Dan-news.info: Die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ hat für Waisenkinder und Kinder aus frontnahen Ortschaften der DVR kostenlose medizinische Untersuchungen organisiert.

„Etwa 50 Kinder aus frontnahen Ortschaften sowie Waisenkinder aus dem Kirowskij-Bezirk von Donezk haben prophylaktische Untersuchungen bei Spezialisten durchlaufen“, teilte der Pressedienst der Bewegung mit.

Die Untersuchungen fanden im Zentrum für Basismedizin Nr. 6 im Kirowskij-Bezirk statt. Die Kinder untersuchten elf Fachärzte, darunter Chirurgen, Augenärzte, Neurologen, Kardiologen, Dermatologen und andere Fachleute.

de.sputniknews.com: Ukrainischer UN-Botschafter verspricht Russland „böse Überraschungen“.

Kiew hat mehrere Initiativen vorbereitet, die während der Sitzung der UN-Generalversammlung „böse Überraschungen“ für die russische Delegation sein werden. Dies teilte der ukrainische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Wladimir Jeltschenko, am Dienstag mit.

„Sie sollten einige sehr unangenehme Überraschungen hinsichtlich sowohl der Krim als auch des Donbass erwarten“, sagte Jeltschenko bei einem von ukrainischen TV-Sendern übertragenen Briefing.

Der Diplomat hat auch die traditionelle Verabschiedung einer Krim-Resolution angekündigt. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen soll vom 24. bis 27. September stattfinden. Im Dezember hatte die UN-Versammlung eine Resolution über die „grobe Verletzung der Menschenrechte auf der Krim“ vonseiten Russlands verabschiedet, das darin als „Besatzungsmacht“ bezeichnet wurde.

Das von der Ukraine und den westlichen Ländern vorgelegte Dokument wurde von 70 der 193 UN-Staaten unterstützt, 26 äußerten sich dagegen (2014 waren 100 UN-Staaten für die Resolution und nur elf dagegen).

Dan-news.info: „Innerhalb von drei Jahren sind vom staatlichen Konzern „Donbassgas“ aus Konzernmitteln mehr als 205 Mio. Rubel in grundlegende Reparaturen, Rekonstruktionen sowie Neubauten von Gasleitungen investiert worden“, teilte der Pressedienst des Konzerns mit.

Arbeiten zum Gasanschluss fanden in Gorlowka, Makejewka, Jasinowataja, Charzysk, Sneshnoje, Dokutschajewsk und anderen Städten der Republik statt. Bei fast 2000 Verbrauchern wurde die durch Beschuss der ukrainischen Truppen unterbrochene Gasversorgung wieder in Gang gebracht. Es wurden 80 km neue Gasleitungen gebaut,

darunter Bauten, die unter der ukrainischen Regierung begonnen wurden. Heute befinden sich Gaszuleitungen zu drei neuen Modulheizwerken in Alexandrowka, das sich im frontnahen Petrowskij-Bezirk von Donezk befindet, in der Schule Nr. 116 im Abschlusstadium. In diesem Gebiet laufen auch Arbeiten zum Anschluss der Verbraucherkooperative „Glorija“ an die Gasversorgung, was schon unter der Ukraine begonnen wurde und 2015 eingestellt.

„Im Oktober 2018 ist der Abschluss der Arbeiten zur Gasversorgung eines Mehrparteienwohnhauses in Perowskoje im Starobeschewo-Bezirk geplant. Es werden Projekte zur Gasversorgung der Einwohner von Sujewka und Olchwatka ausgearbeitet“, teilte der Pressedienst von Donbassgas mit.

de.sputniknews.com: Russisches Militärmanöver: Nato spricht von „Vorbereitung auf großen Konflikt“.

Nato-Militärattachés sind laut dem Sprecher der Militärallianz, Dylan White, als Beobachter zum großen russischen Militärmanöver „Wostok 2018“ (dt. Osten 2018) eingeladen worden. Aus Sicht der Nato demonstriert die Übung jedoch Russlands „Konzentration auf der Vorbereitung seiner Kräfte auf einen großangelegten Konflikt“.

„Militärattachés der Nato-Länder in Moskau wurden eingeladen, die Übung freiwillig zu verfolgen. Dieses Angebot wird in Betracht gezogen“, so White. „Wir beobachten regelmäßig russische Übungen. Dasselbe tun wir auch mit Wostok 2018“, fügte der Sprecher hinzu.

Das Manöver werde in der nordatlantischen Allianz jedoch als mögliche Vorbereitung auf einen großen Konflikt gesehen. „Das fügt sich in das Bild ein, das wir seit einiger Zeit beobachten: ein kämpferischer auftretendes Russland, das seinen Verteidigungsetat und seine Militärpräsenz deutlich hochgefahren hat.“ Das Land habe außerdem seine Bereitschaft demonstriert, militärische Gewalt gegen die Ukraine und Georgien anzuwenden.

Russland hat seinerseits in den letzten Jahren mehrfach auf die beispiellose Aktivität der Nato in der Nähe seiner Westgrenzen hingewiesen. Das Militärbündnis bezeichnet das Ganze jedoch als „Eindämmung der russischen Aggression“.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zuvor die Vorwürfe über eine angebliche „russische Aggression“ als „leeres Gerede“ zurückgewiesen. Er unterstrich, dass die Aktivität der Nato-Luftwaffe über der Ostsee die russische weitaus übertreffe. Putin erinnerte zudem daran, dass die USA für ihre Verteidigung mehr ausgaben, als jedes andere Land der Welt. Insgesamt sollen die 29 Mitglieder der Nato im vergangenen Jahr nach Angaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI 900 Milliarden US-Dollar fürs Militär ausgegeben haben. Die russischen Rüstungsausgaben lagen 2017 hingegen bei 66,3 Milliarden US-Dollar. Die Vereinigten Staaten haben außerdem nach unterschiedlichen Angaben insgesamt bis zu 800 Militärstützpunkte im Ausland. Russland unterhält dagegen nur neun Basen in anderen Ländern.

Das internationale Militärmanöver „Wostok 2018“ findet vom 11. bis zum 15. September statt. Daran sollen auch chinesische und mongolische Soldaten teilnehmen. Laut BBC sollen daran 300.000 Soldaten teilnehmen. Es handle sich um das „größte Militärmanöver seit dem Kalten Krieg“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32212/19/322121992.jpg>

de.sputniknews.com: Iran wird vor möglicher Militärintervention gewarnt.

Der UN-Sicherheitsrat könnte militärische Maßnahmen genehmigen, sollte der Iran die Straße von Hormuz schließen. Dies hat laut dem TV-Sender „Al-Arabiya“ der Energieminister Saudi Arabiens, Ibrahim al-Muhanna, erklärt.

Der Iran sei nicht berechtigt, die strategisch wichtige Straße von Hormuz zu blockieren, deren nördliche Küste dem Iran gehöre und die südliche – den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Oman, so der Minister. Er habe auch bezweifelt, dass die Sanktionen gegen den Iran aufgehoben werden.

Am Montag hatte der iranische TV-Sender „Press TV“ den Marinechef der iranischen Revolutionsgarde, den General Alireza Tangsiri, mit den Worten zitiert, dass der Iran den Persischen Golf ebenso wie die Straße von Hormuz kontrollieren würde.

„Wir haben eine Botschaft für unsere muslimischen Nachbarn. Wir haben mehrfach erklärt, dass wir bereit sind, ihnen brüderlich die Hand zu reichen, und glauben, dass der Per Der US-Außenminister Mike Pompeo hat seinerseits via Twitter erklärt, dass Teheran kein Recht habe, die Straße von Hormuz unter seine Kontrolle zu bringen, da sie zu den internationalen Gewässern gehöre.

Am Montag war berichtet worden, dass der Iran und Syrien künftig ihre militärtechnische Zusammenarbeit intensiver gestalten wollen. Zudem hat Teheran betont, die beiden Länder würden nicht zulassen, dass ihren freundschaftlichen Beziehungen jemand schaden würde.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32212/34/322123432.jpg>

Lug-info.com: In der LVR festgenommene Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bestätigten einige Kiewer Militärs aus der Liste der von der Generalstaatsanwaltschaft der LVR des Beschusses von Perwomajsk und Kalinowo beschuldigten Personen. Dies teilte heute der stellvertretende Leiter der Abteilung zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen im militärischen Bereich der Generalstaatsanwaltschaft der LVR Janis Pilawow mit. Heute haben die in der LVR festgenommenen Kiewer Soldaten sich in Anwesenheit von Medien mit der Liste der des Beschusses verdächtigen Soldaten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bekannt gemacht.

„Die oben genannten Soldaten haben teilweise die Beteiligung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aus der Liste bestätigt. Diese Informationen werden im Rahmen der Ermittlungen zur der Strafangelegenheit überprüft werden“, sagte Pilawow.

Der gefangene Soldat der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Jakow Weremejtschik erkannte drei Soldaten aus der Liste.

„Arkadij Alexandrowitsch Sajzew ist ein Oberleutnant, ehemaliger Kommandeur eines Zuges, jetzt befindet er sich im Militärkommissariat“, sagte Weremejtschik. „Iwan Iwanowitsch Korosch ist bereit tot und Michail Wladimirowitsch Mostozkij dient als Soldat als Operateur eines großkalibrigen Maschinengewehrs der 14. Brigade“.

Ein weiterer gefangener Soldat aus der 14. Brigade Jurij Jewtuschkow erkannte auch Sajzew. Jewtuschkow bestätigte die Identität eines weiteren verdächtigten Soldaten, Artjom Basan, der nach seiner Auffassung „schon seinen Vertrag beendet hat und sich zu Hause befindet“.

Der beim Versuch zu den Positionen der LVR im Gebiet von Frunse vorzudringen festgenommene Diversant der ukrainischen Streitkräfte Roman Fursow erklärte, dass er niemand aus der Liste erkenne.

Zuvor hatte die Generalstaatsanwaltschaft eine Liste von Soldaten der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte erhalten, die Soldaten dieses Truppenteils in das soziale Netzwerke „Odnoklassniki“ gestellt hatten.

Die in der LVR festgenommenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte meinen, dass das offizielle Kiew sie der Willkür des Schicksals überlassen hat.

„Wir haben so etwas von der ukrainischen Regierung nicht erwartet. Wir dachten natürlich, dass all dies (der Gefangenen austausch) bald geschieht. Man hat uns unserem Schicksal überlassen, ihnen (Kiew) ist es völlig egal, was weiter mit uns passiert“, sagte Jakow Weremejtschik.

„Hoffnung gibt es noch, wir bitten, dass man uns bald austauscht. Familien werden zerstört... Ich möchte bald nach Hause zurückkehren, ich möchte, dass dieser Krieg endlich endet“, fügte er hinzu.

Auch Jurij Jewtuschkow schloss sich dieser Meinung an. Er ist auch überzeugt, dass die ukrainische Regierung sie im Stich lässt.

Der festgenommene Diversant Roman Fursow teilte mit, dass er auch aktivere Verhandlungen über seinen Austausch erwartet hatte, aber Kiew kritisierte er nicht.

de.sputniknews.com: Pentagon: USA besprechen mit Russland Verhinderung von Giftangriff in Syrien.

Die USA besprechen mit Russland aktiv die Verhinderung eines möglichen C-Waffen-Einsatzes in Syrien. Dies teilte Pentagon-Chef James Mattis am Dienstag mit. Zuvor hatte Moskau vor einem Giftgasangriff in Syrien gewarnt.

„Ich will Ihnen versichern, dass das Außenministerium vor Kurzem aktiv mit Russland kontaktiert hat, um es in die Verhinderung einer solchen Möglichkeit einzubeziehen“, sagte Mattis bei einer Pressekonferenz. Dieses Gespräch werde fortgesetzt.

Zuvor hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, erklärt, die Terroristen von Haiat Tahrir asch-Scham (ehemalige al-Nusra-Front) bereiteten eine Provokation vor, um Damaskus den Einsatz von C-Waffen gegen Zivilisten in die Schuhe

zu schieben.

Dies soll laut Konaschenkow wiederum als Vorwand für einen neuen Angriff der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen Damaskus genutzt werden. Das Verteidigungsministerium in Moskau teilte zudem mit, der US-Zerstörer USS Ross sei am 25. August mit 28 Tomahawk-Marschflugkörpern an Bord im Mittelmeer eingetroffen. Die Reichweite der Raketen ermögliche einen Angriff auf dem ganzen syrischen Territorium. Zu diesem Zweck sei auch der US-Zerstörer „The Sullivans“ mit 56 Marschflugkörpern an Bord vor einigen Tagen im Persischen Golf eingetroffen. Und auf den Luftwaffenstützpunkt in Katar Al-Udeid sei der strategische US-Bomber B-1B verlegt worden, der mit 24 Luft-Boden-Marschflugkörpern bestückt sei.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31779/09/317790922.jpg>

de.sputniknews.com: Militärexperte: Dementi-Berichte des Pentagons nicht glaubwürdig. Den vom US-Außenministerium veröffentlichte Widerruf der Vorbereitung eines neuen Schlages gegen Syrien hat der russische Militärexperte Igor Korotschenko, Chefredakteur der Zeitschrift „Nacionalnaja oborona“ („Nationale Verteidigung“) kommentiert. Im Gespräch mit dem Internet-Journal „Vzglyad“ sagte Korotschenko: „Wir gehen dabei grundsätzlich von der Position des russischen Verteidigungsamtes aus. Was das Verteidigungsministerium mitteilt, ist ein Faktum. Und das Pentagon mag dabei Ausflüchte machen oder leugnen, das ist aber kein Gegenstand des Vertrauens.“ Es habe viele Fälle gegeben, da im Pentagon etwas behauptet worden und in Wirklichkeit das Gegenteil geschehen sei.

„Man sollte nicht über Pentagon-Erklärungen reflektieren. Für uns sind diejenigen Erklärungen erstrangig und wichtig, die das russische Verteidigungsministerium abgibt. Das sind nicht Erklärungen schlechthin, sondern bestätigte und mehrmals überprüfte Informationen“, so der Experte.

Das Verteidigungsministerium Russlands stütze sich auf Angaben des Militäraufklärungsdienstes, „die alles Gesagte vollständig bestätigen“. Die Angaben des russischen Militärs würden hundertprozentig belegt sein, so der Experte.

Wie „Vzglyad“ zuvor berichtete, hatte der Pentagon-Sprecher Eric Pahon die vom russischen Verteidigungsministerium verbreitete Information, laut der die USA eine Gruppierung von Marschflugkörper-Trägern im Nahen Osten für einen Schlag gegen Syrien aufstocke, als Propaganda bezeichnet.

Der amtliche Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hatte am Montag mitgeteilt, dass die USA weiterhin die Gruppierung von Marschflugkörper-Trägern im Nahen Osten aufstocken und eine Provokation unter Einsatz von chemischen Waffen in der syrischen Provinz Idlib vorbereiten, die als Vorwand für einen

Raketenschlag gegen Regierungsobjekte in Syrien genutzt werden solle.

Abends:

de.sputniknews.com: Trotz Kims Protest: USA üben mit Südkorea weiter.

Washington wird laut dem Pentagon-Chef James Mattis trotz der Einwände Nordkoreas nicht auf gemeinsame Militärmanöver mit Seoul verzichten.

„Wie Sie wissen, haben wir beschlossen, als Zeichen des Entgegenkommens infolge des Gipfels in Singapur mehrere große Manöver einzustellen. Derzeit haben wir keine Pläne, weitere Übungen einzustellen“, sagte Mattis bei einem Briefing am Dienstag.

Der Pentagon-Chef präzisierte jedoch nicht, wann das nächste gemeinsame Manöver stattfinden soll.

Die USA und Südkorea halten regelmäßig Militärübungen ab, bei denen unter anderem auch die Abwehr einer nordkoreanischen Aggression geübt wird. Pjöngjang bewertet dies als Provokation.

Am 22. Juni hatte das Pentagon die Einstellung von einer Reihe gemeinsamer Militärübungen mit Seoul als Folge des Gipfels zwischen dem US-Präsidenten Donald Trump und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un bekannt gegeben. Bei dem Gipfel hatte sich Kim Jong-un zur „vollständigen Denuklearisierung“ Nordkoreas verpflichtet. Trump hatte im Juni seinerseits in einem Tweet die hohen Kosten der „Militärspiele“ vor der nordkoreanischen Küste und deren provokativen Charakter beklagt.

de.sputniknews.com: „Erhaltung des Status quo unmöglich“: Nebensja appelliert an Extremisten in Idlib.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat am Dienstag bei einer Sitzung des Weltsicherheitsrates die Extremisten-Anführer in der syrischen Provinz Idlib dazu aufgerufen, die Waffen zu strecken.

„Wir rufen die Kommandeure illegaler bewaffneter Formationen auf, von Provokationen Abstand zu nehmen und zum friedlichen Leben zurückzukehren. Vorläufig gibt es eine solche Möglichkeit. Die Erhaltung des Status quo ist aber unannehmbar“, sagte Nebensja.

Wie er weiter betonte, hält Moskau die Abgrenzung der Terroristen von der sogenannten gemäßigten Opposition in Idlib für vorrangig.

Zuvor hatte Russland eine dringliche Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur Situation in der syrischen Provinz Idlib einberufen.

Am Samstag hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow erklärt, dass die Terroristen von „Hai' at Tahrir asch-Scham“ eine Provokation vorbereiten würden, um Damaskus des Einsatzes von Chemiewaffen gegen Zivilisten in der syrischen Provinz Idlib zu bezichtigen. Dies würde dann als Vorwand für einen Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Regierungsobjekte in Syrien dienen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32212/50/322125040.jpg>

de.sputniknews.com: Pentagon findet neuen Grund für Nichtkauf von russischen S-400-Komplexen durch Ankara.

Die USA raten die Türkei ab, russische Flugabwehrraketensysteme vom Typ S-400 zu erwerben, weil diese Kampftechnik nicht in die NATO-Militärstruktur integriert werden kann. Das gab US-Verteidigungsminister James Mattis am Dienstag bei einem Pressegespräch im Pentagon bekannt.

„Die Türkei wird eine Entscheidung, eine souveräne Entscheidung treffen müssen. Es ist aber offensichtlich, dass wir die russischen Abwehrsysteme nach ihrem Kauf durch die Türkei, die Nato-Mitglied ist, nicht in die Nato integrieren können. Dies beunruhigt uns. Wir raten ab, dies zu tun“, so Mattis.

Die Türkei und Russland hatten im Dezember 2017 ein Kreditabkommen über die Lieferung des russischen Raketenabwehrsystems S-400 unterzeichnet. Demnach soll Ankara zwei S-400-Batterien erwerben, die von türkischen Soldaten bedient werden sollen. Die Seiten vereinbarten auch eine technische Zusammenarbeit bei der Aufnahme der Produktion solcher Waffen in der Türkei.

Die USA und andere Nato-Länder haben Ankara mehrmals wegen des Deals mit Moskau kritisiert. So wies der Berater des US-Außenministers, Wess Mitchell, warnend darauf hin, dass der Kauf von S-400-Anlagen sich negativ auf die Lieferung von Flugzeugen F-35 an die Türkei auswirken könne. Daraufhin versprach der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu, Gegenmaßnahmen wie etwa eine Kooperation mit Russland in diesem Bereich zu ergreifen, sollte die Lieferung von US-Kampffjets an die Türkei blockiert werden.

de.sputniknews.com: Nebensja bestätigt Vorhandensein geheimer antisyrischer Direktive bei Uno.

Eine Direktive der Vereinten Nationen, die die Beteiligung der Strukturen der Organisation am Wiederaufbau Syriens verbietet, gibt es tatsächlich. Das gab der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja am Dienstag bei einer Sitzung des Weltsicherheitsrates bekannt.

„Die Uno, vor allem das Hohe Flüchtlingsamt der Vereinten Nationen, muss bei der Heimkehr syrischer Flüchtlinge eine wichtige Rolle spielen“, sagte Nebensja.

Das Amt nehme zurzeit im Gegenteil eine passive Position dazu ein. Laut Nebensja kann dies offenbar mit einer „internen Direktive des UN-Sekretariats“ verbunden sein, die Ende 2017 vom Departement für politische Angelegenheiten erarbeitet worden sein soll, ohne „Konsultationen mit UN-Mitgliedsländern“.

„Sie (die Direktive – Anm. d. Red.) existiert in Wirklichkeit, trotz plumper Versuche, diese Tatsache zu dementieren. Es ist unzulässig, künstliche Forderungen aufzustellen, die diesen

Prozess verhindern würden“, so Nebensja.

Zuvor hatte der russische Minister Sergej Lawrow erklärt, dass das UN-Sekretariat den Strukturen der Organisation insgeheim verboten habe, beim Wiederaufbau der syrischen Wirtschaft zu helfen. Die Uno hat diese Informationen nicht bestätigt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32212/69/322126990.jpg>

de.sputniknews.com: Kiew kündigt besonderes Abkommen mit Moskau auf.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Dienstag die Aufkündigung des Freundschafts-Abkommens mit Russland angekündigt. Der russische Politiker Alexej Puschkow hat auf Twitter erläutert, warum das wohl keine richtige Entscheidung war. „Poroschenko setzt seine Mission als Zerstörer fort: Er hat die Auflösung des Freundschaftsvertrags mit Russland aus dem Jahr 1997 angekündigt. Kiew schadet sich wieder selbst: In dem Vertrag werden die territoriale Unversehrtheit und die Grenzen der Ukraine anerkannt. Im Falle einer Aufkündigung wird Russland von seinen Verpflichtungen befreit“, schrieb Puschkow, der Chef des Ausschusses für Informationspolitik im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), auf Twitter.

Poroschenko erklärte am Dienstag bei einem Treffen mit ukrainischen Diplomaten, dass er in nächster Zeit vom Außenministerium Dokumente erwarte, welche die Aufkündigung des Freundschaftsabkommens mit Russland einleiten sollen. Dieser Vertrag habe „keinen besonderen Sinn“ mehr.

Das Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft wurde von Russland und der Ukraine im Jahr 1997 unterzeichnet. Im Vertrag wurde die strategische Partnerschaft der beiden Länder auf Grundlage von gegenseitigem Respekt, Souveränität, territorialer Unversehrtheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen verankert. Das Abkommen sieht zudem eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten und Nichtanwendung von Gewalt vor.

de.sputniknews.com: „Weißhelme“ bringen Giftsubstanzen in Terroristen-Lager in Idlib. Vertreter der „Weißhelme“ haben eine große Fracht von Giftstoffen in eine Lagerhalle der Terrororganisation Ahrar al-Scham in der syrischen Stadt Saraqib gebracht. Dies teilt das russische Versöhnungszentrum in Syrien am Dienstag mit.

„Nach Informationen, die das russische Versöhnungszentrum von mehreren unabhängigen Quellen in Idlib erhalten hat, wurde in die Stadt Saraqib mit zwei Lkws eine große Fracht von Giftstoffen geliefert“, sagte der Leiter des Zentrums, Alexej Zyganow.

Die Giftsubstanzen wurden laut Zyganow in Begleitung von acht Vertretern der „Weißhelme“ in die Lagerhalle gebracht, die von Kämpfern von Ahrar al-Scham zur Lagerung von Waffen sowie Treib- und Schmierstoffen genutzt werde. Die „Weißhelme“

seien von zwei hochrangigen Kommandeuren dieser Terrororganisation empfangen worden. „Später wurde ein Teil der Fracht in Plastikbehältern ohne Kennzeichnung an einen anderen Stationierungsort der Militanten im Süden der Provinz Idlib gebracht“, fügte Zybankow hinzu. Ziel sei die Inszenierung eines Giftstoff-Einsatzes gegen die Zivilbevölkerung, um später die Regierungskräfte dafür verantwortlich zu machen.